

# Allgemeine Geschäftsbedingungen (Onlineberatung)

## § 1 Geltungsbereich und Präambel

- I. Die vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen („**AGB**“) gelten für alle Verträge, welche zwischen einem Mandanten und der

Kanzlei KARST  
Dr. Björn Karst  
Tanusstraße 46  
65719 Hofheim  
Deutschland  
Tel. +49 (0)6122 9291199

zum Zwecke einer Onlineberatung in Rechts- und Steuersachen geschlossen werden („**Mandatsvertrag**“). Sie regeln auch deren künftige Rechtsverhältnisse.

- II. Für eine solche Beratung sind **ausschließlich Fälle geeignet, denen eine klare Faktenlage zugrunde liegt**, zu welchem der Mandant eine oder mehrere konkrete Fragen hat. Bitte beachten Sie, dass vor allem fristgebundene Angelegenheiten, Fälle mit umfangreichen Anlagen und erhöhtem Kommunikationsbedarf grundsätzlich nicht für diese Beratungsform geeignet sind.
- III. Bitte bedenken Sie ferner, dass eine Rechtsberatung von **Prozessgegnern** grundsätzlich nicht möglich ist. Diesbezügliche Namensangaben werden deshalb erbeten.
- IV. Die Rechtsberatung basiert im Falle der Onlineberatung auf den von Ihnen digital übermittelten Angaben. Deren Vollständigkeit und Präzision ist damit eng an die Nützlichkeit der Antwort der Kanzlei für Ihre Zwecke gekoppelt. Grundsätzlich sollten **die Beteiligten, deren rechtlichen Beziehungen, der Sachverhalt und notwendige Zeitangaben** enthalten sein.
- V. Alle nach § 2 Dienstleistungs-Informationspflichten-Verordnung erforderlichen Informationen entnehmen Sie bitte den nachfolgenden AGB und der Kanzleihomepage [www.karst.legal](http://www.karst.legal).

## § 2 Vertragsschluss und Beratungsvorgang

- I. Der **Mandatsvertrag kommt wie folgt zustande**: Durch das Übermitteln Ihrer Anfrage durch Nutzung des Formulars auf der Kanzleiwebsite [www.karst.legal](http://www.karst.legal) bitten Sie die Kanzlei um Abgabe eines Angebotes zur Beantwortung Ihrer Fragestellung.
- II. Nach Überprüfung Ihrer Angaben und einer **telefonischen Identitätskontrolle**, geht Ihnen zeitnah eine **Antwort der Kanzlei per Email** zu. In dieser wird Ihnen mitgeteilt, ob sich der Sachverhalt zur Bearbeitung im Rahmen einer Onlineberatung eignet. Sollte dies nicht der Fall sein, so enthält die für Sie kostenfreie Antwort Optionen zum weiteren Vorgehen. Ansonsten wird Ihnen ein Angebot zur Bearbeitung Ihrer Anfrage unterbreitet. Sofern Sie dieses annehmen möchten, enthält das Angebot

neben der Emailverbindung entsprechende Kontaktdaten. Weitere Kosten für den Einsatz des für den Vertragsschluss eingesetzten Kommunikationsmittels fallen nicht an.

- III. Nach **Annahme des Angebots**, wird Ihre Antwort möglichst zeitnah, grundsätzlich innerhalb von 48 Stunden, erarbeitet. In abweichenden Fällen geht Ihnen eine entsprechende Nachricht zu. Sobald der Bearbeitungsprozess abgeschlossen ist, wird Ihnen die Antwort, wiederum elektronisch, übermittelt. Diese Mail enthält eine Honorarnote welche die vereinbarte Gebühr und eine entsprechende Bankverbindung aufweist.

### § 3 Vertragspflichten

- I. Mit Abschluss des Mandatsvertrages wird die Kanzlei verpflichtet eine entsprechende **Beratungsdienstleistung** zu erbringen.
- II. Als Nebenpflicht aus dem Mandatsverhältnis ergibt sich die **Verpflichtung zur anwaltlichen Verschwiegenheit**. Dieses Vertrauensverhältnis wird gesetzlich durch berufsständige (§§ 2 BORA, 43a Abs. 2 BRAO) und strafrechtliche Regelungen (§§ 203 f. StGB) geschützt. Die Verschwiegenheitspflichten bestehen grundsätzlich auch nach Beendigung des Mandats fort. Eine **Weitergabe an Dritte** erfolgt nur im Rahmen Ihrer Einwilligung oder aufgrund gesetzlicher Pflichten.
- III. Der Mandatsvertrag verpflichtet Sie, als Auftraggeber, zur **Vergütung** des vereinbarten Honorars. Nach Art. 246 Abs. 1 Nr. 3 EGBGB, § 49b Abs. 5 BRAO werden Sie darauf hingewiesen, dass sich die anwaltlichen Gebühren im Regelfall nach dem zugrunde liegenden Gegenstandswert ermitteln, so dass die Höhe der Vergütung von der Höhe des Gegenstandswerts abhängig ist. Ausgenommen hiervon sind von Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren, wobei im Rahmen der Onlineberatung **regelmäßig eine Erstberatung** abgerechnet wird, die nach § 34 Abs. 1 S. 3 RVG **für Verbraucher mit maximal 250 Euro für die Ausarbeitung eines schriftlichen Gutachtens** abgerechnet wird, wobei hierzu auch elektronische Dokumente zählen Die Umsatzsteuer ist hierin enthalten. Ihren konkreten Kostenansatz entnehmen Sie bitte Ihrem persönlichen Angebot. Der von Ihnen entrichtete Betrag wird auf ein etwaig später vereinbartes Honorar angerechnet. Bitte bedenken Sie ferner, dass Sie Honorarkosten regelmäßig selbst mit einer etwaig bestehenden **Rechtsschutzversicherung** regulieren müssen. Sofern die Kanzlei eine entsprechende Anfrage tätigen soll, übermitteln Sie entsprechende Kontaktdaten. In Fällen, in welchen Beratungshonorare nach dem **Beratungsbeihilfegesetz** liquidiert werden sollen, kann eine Onlineberatung nicht angeboten werden. Sofern Beratungsleistungen postalisch übermittelt werden sollen, fallen entsprechende Portokosten an. Für Tätigkeiten außerhalb der in § 2 Abs. 3 AGB genannten Bearbeitungszeit kann gem. § 9 RVG ein **angemessener Vorschuss** verlangt werden. Hierauf wird in einem solchen Fall individuell hingewiesen.
- IV. Die Zahlung erfolgt an das in der **Honorarnote** angegebene Kanzleikonto. Sie ist, sofern nicht anders vereinbart, innerhalb von 7 Bankarbeitstagen zu leisten. Im Falle eines Verzuges wird der geschuldete Betrag entsprechend der gesetzlichen Vorschriften verzinst und tatsächlich anfallende Unkosten als Mahngebühren berechnet.

### § 4 Widerrufsbelehrung

- I. Bitte nehmen Sie die nachfolgende Widerrufsbelehrung auf Grundlage von §§ 312g, 355 BGB, Art. 246, 246a, 246b EGBGB zur Kenntnis:

Sie haben das Recht, den Mandatsvertrag zur Onlineberatung binnen **vierzehn Tagen, ohne Angabe von Gründen**, zu widerrufen. Die vierzehntägige Widerrufsfrist beginnt mit dem Tag des Vertragsschlusses bzw. dem Erhalt einer ordnungsgemäßen Widerrufsbelehrung auf einem dauerhaften Datenträger. Hierzu genügt der Erhalt einer Email mit entsprechendem Anhang. Das Widerrufsrecht wird durch Abgabe einer eindeutigen Erklärung, also etwa schriftlich, per Telefax oder elektronisch per E-Mail, ausgeübt. Die **rechtzeitige Absendung** der Widerrufserklärung reicht zur Fristwahrung aus.

Wenn Sie den Beratungsvertrag widerrufen, sind Sie an den Mandatsvertrag nicht mehr gebunden. Die Kanzlei hat alle Zahlungen, die von Ihnen getätigt wurden, unverzüglich und spätestens binnen 14 Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über den Widerruf des Mandatsvertrages eingegangen ist. Die Rückzahlung erfolgt auf demselben Wege der Zahlung Ihrerseits. Zusätzliche Kosten werden nicht berechnet.

- II. Bitte beachten Sie, dass Sie durch Bestätigung dieser AGB verlangen, die Kanzlei vor Ablauf der in § 4 Abs. 1 dieser AGB genannten Widerrufsfrist für Sie tätig wird, um eine zeitnahe Beratungsdienstleistung zu erbringen. **Dadurch erlischt das Widerrufsrecht nach § 355 Abs. 4 S. 1, Abs. 5 BGB, wenn die Beratungsleistung vollständig vor Ablauf der Frist erbracht wurde. Durch Annahme der AGB erklären Sie ferner Kenntnis über den Verlust dieses Rechts unter den vorgenannten Bedingungen.** Sie haben ferner gem. § 357 Abs. 8 BGB einen angemessenen Betrag zu zahlen, wenn Sie, nachdem Sie, durch Bestätigung dieser AGB, von der Kanzlei verlangt haben, dass die Dienstleistung während der Widerrufsfrist beginnen soll und anschließend den Mandatsvertrag widerrufen. Der **angemessene Betrag** entspricht dem Anteil, der bis zum Widerrufszeitpunkt bereits erbrachten Dienstleistung im Vergleich zum Gesamtumfang der Beratungsdienstleistung.
- III. Sie können dafür das nachfolgende **Musterformular** verwenden, sofern Sie den Mandatsvertrag widerrufen wollen. Dies ist jedoch nicht vorgeschrieben. Zur **Wahrung der Widerrufsfrist** reicht es aus, wenn Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts **vor Ablauf** der Widerrufsfrist unter den in § 4 Abs. 1 dieser AGB genannten Bedingungen **absenden**.

#### WIDERRUFSERKLÄRUNG (Musterformular)

An

Kanzlei KARST  
Dr. Björn Karst  
Taunusstraße 46  
65719 Hofheim  
Telefon: +49 6122 9291199  
Telefax: +49 6122 9298458  
E-Mail: info@karst.legal

Hiermit widerrufe(n) ich/wir [...] den von mir/uns am [...] abgeschlossenen Vertrag über die Erbringung der folgenden Dienstleistung [...]

Bestellt am [...]

Name des/der Mandanten

Anschrift des/der Mandanten

Unterschrift des/der Mandanten (nur bei Mitteilung auf Papier)

Datum

## § 5 Haftung

- I. Die für Sie erstellte Rechtsauskunft wird unter größtmöglicher Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit erarbeitet. Für eine **fehlerhafte Rechtsberatung** wird nach allgemeinen schadensersatzrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen gehaftet. Beruht eine fehlerhafte Beratungsleistung auf einer unvollständigen oder fehlerhaften Sachverhaltsangabe, so wird jedoch nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit gehaftet.
- II. **Beschwerden** richten Sie bitte an die unter § 1 Abs.1 der *AGB* genannten Adresse. Im Falle der Verletzung von Berufsrecht, wird zudem auf die Möglichkeit des **Beschwerdeverfahrens** vor der der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main ([www.rechtsanwaltskammer-ffm.de](http://www.rechtsanwaltskammer-ffm.de)) hingewiesen. Hierbei handelt es sich um ein ausschließlich internes Verfahren zur Überprüfung von berufsrechtlichen Verstößen, nicht aber der Verwirklichung von Straftatbeständen oder der Feststellung zivil- oder schadensersatzrechtlicher Ansprüche.

umgehend

## § 6 Schlussbestimmungen

- I. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstand ist Hofheim.
- II. Änderungen dieser AGB bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Abänderung oder Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses.
- III. Sollte eine Bestimmung dieser AGB teilweise oder vollständig unwirksam oder für den intendierten Zweck untauglich sein, so wird die Gültigkeit der übrigen Regelungen hierdurch nicht berührt. An Stelle der in Frage stehenden Regelung tritt eine solche, welche die Parteien bei Kenntnis des Mangels vereinbart hätten und sofern dies nicht zu ermitteln ist, eine solche, welche dem Sinn der unwirksamen oder untauglichen Regelung möglichst nahe kommt.
- IV. Die Vertragsbedingungen werden in deutscher und englischer Sprache zur Verfügung gestellt. In diesen Sprachen kann die Mandatskommunikation während der Vertragslaufzeit erfolgen.